

Per Mail an:

info@djsg.gr.ch

Departement für Justiz, Sicherheit
und Gesundheit

Hofgraben 5

7000 Chur

Sent, 17.10.2022

Vernehmlassung Teilrevision des Gesetzes über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (KPVG)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Peyer, sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Vernehmlassungsentwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (KPVG) bedanken wir uns herzlich und nehmen wie folgt Stellung:

Artikel 19c Abs. 2, Punkt d

In der Schweiz gilt ein Pensionsalter von 65. Dies ist bei vielen anderen Berufsgattungen auch so festgeschrieben. Die SVP begrüsst zwar eine verlängerte Zulassung, wenn dies aus fachlichen oder regionalpolitischen Gründen wichtig ist, dies sollte aber nicht dazu führen, dass junge, ausgebildete Fachpersonen dadurch benachteiligt werden. Wir beantragen darum folgende Anpassung, welche auch mit dem Grundsatz Nr. 10, Alters- und Amtszeitbeschränkungen des Kantons Graubündens, der Botschaft betreffend Umsetzung des Public Corporate Governance für den Kanton Graubünden übereinstimmt:

Art. 19c Abs. 2, Punkt d (Neu):

mit Erfüllung des 65. Altersjahres. Eine Verlängerung der Zulassung kann aus fachlichen Gründen oder zur Sicherstellung einer dezentralen Gesundheitsversorgung bis zur Erfüllung des 70. Altersjahres erfolgen, sofern der amtsärztliche Nachweis erbracht wird, dass keine physischen oder psychischen Gründe gegen die Berufsausübung vorliegen.

Art. 19f Festlegung der Höchstzahlen für Ärztinnen und Ärzten

Gemäss Artikel 19f legt die Regierung fest, nach welchen Grundsätzen die Höchstzahlen für Ärztinnen und Ärzte zu erfolgen haben. Damit die dezentrale Gesundheitsversorgung gewährleistet werden kann, ist ein Mitspracherecht der Gesundheitsversorgungsregionen und der Gemeinden wichtig und sollte ins Gesetz aufgenommen werden.

Kosten

Im erläuternden Bericht geht die Regierung davon aus, dass diese Revision mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden ist und die Beurteilung des Mehraufwandessoll erst mit der Botschaft präsentiert werden. Aus Sicht der SVP muss eine solche Revision mit den vorhandenen Personalressourcen zu stemmen sein. Ein Personalausbau für die Umsetzung einer solchen Reform kommt für die SVP nicht in Frage.

Die Fraktion der SVP Graubünden wird bei der Behandlung der Vorlage in der Kommission und im Parlament wenn nötig weitere Anliegen einbringen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit der Stellungnahme und die Beachtung unserer Argumente.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Roman Hug
Parteipräsident



Reto Rauch
Parteisekretär

